



## Freiheit ist das Stichwort

Prof. Dr. Jörg Meuthen im Interview  
Seite 3



## Freiheit statt Islamismus

Politischen Islam in Europa effektiv bekämpfen Seite 4



## Freiheit statt Zensur im Internet

Die gefilterte Realität Seite 7



Fotos: stock.adobe.com

## Editorial

von Martin Trefzer



### Liebe Treptow-Köpenicker,

bald steht Weihnachten vor der Tür! Rechtzeitig vor den Feiertagen haben die Bundesregierung und der Senat Weihnachten als neuen Aufhänger für ihre Corona-Politik ausgemacht und erklärt, ohne den Lockdown drohe eine einsame Weihnachtszeit.

Das ist eine riskante Strategie! Denn jeder weiß, dass uns Corona auch noch in der zweiten Dezemberhälfte und im neuen Jahr beschäftigen wird. Wenn die Regierungsspitzen jetzt mit Weihnachten wedeln, um den Lockdown zu rechtfertigen, wollen sie die Bürger offenbar für dumm verkaufen! Umso größer wird die Enttäuschung sein, wenn die Fallzahlen hoch bleiben.

Dabei braucht Berlin jetzt keinen kurzfristigen Aktionismus, sondern mittel- bis langfristig tragfähige Lösungen, die auch sinnvoll und verhältnismäßig sind. Die Vorstellung „Jetzt noch einmal Lockdown, und dann wird alles gut...“ ist an Einfältigkeit nicht zu überbieten. Alle Anstrengungen müssen jetzt auf die Risikogruppen konzentriert werden. Da sind sich alle einig. Aber wir können unsere Stadt nicht auf Dauer lahmlegen! Nicht, weil Weihnachten vor der Tür steht, sondern, weil wir auch *nach* Weihnachten noch lebensfähige Kultureinrichtungen, Gaststätten und Dienstleistungsbetriebe brauchen.

*Ich wünsche Ihnen eine besinnliche Adventszeit!*

IHR MARTIN TREFZER

# „Wir müssen aufpassen, dass wir nach Corona nicht in einer anderen Republik aufwachen!“

Auszug aus der Rede von Martin Trefzer (Mda) in der Sondersitzung des Abgeordnetenhauses am 1. November 2020



Foto: stock.adobe.com

„Angst ist ein denkbar schlechter Ratgeber, wie wir alle wissen. Angst kann Menschen dazu bringen, ihre Freiheit Stück für Stück gegen vermeintliche Sicherheit einzutauschen. Dabei kann es 100-prozentige Sicherheit niemals geben. Sosehr der Wunsch nach Eindeutigkeit, nach Sicherheit, nach unbeeinträchtigter Gesundheit verständlich ist, sosehr gefährdet er unsere freiheitliche Gesellschaft, wenn er absolut gesetzt wird.

Nur der Rechtsstaat, das Grundgesetz und die Wahrung der demokratischen Institutionen schützen uns vor dem willkürlichen Maßnahmenstaat und der Hysterisierung von Politik.

Deswegen dürfen wir uns nicht an Grundrechtseinschränkungen gewöhnen, so maßvoll sie auch auf den ersten Blick daher kommen mögen. Nur wenn wir es schaffen, eine nüchterne und ehrliche Güterabwägung vorzu-

nehmen, statt mit Ängsten Politik zu machen, werden wir unserem Anspruch als Repräsentanten des Volkes gerecht.

Eine Gesellschaft, die eine vollständige Disziplinierung, eine vollständige Kontrolle über das Virus anstrebt, wird totalitär. Die vollständige Kontrolle des Corona Virus kann daher kein vernünftiges Ziel von Politik sein.

WEITER AUF SEITE 2



**Martin Trefzer MDA, Bezirkssprecher**

**FORTSETZUNG VON SEITE 1**

Dort, wo sie dennoch angestrebt wird, führt der Weg weg von den freiheitlich-demokratischen Grundlagen unseres Staats.

Und man muss kein Hellseher sein, um zu sehen, dass Corona bereits jetzt genutzt wird, um unter dem Deckmantel der Corona-Bekämpfung das Koordinatensystem der Bundesrepublik Deutschland immer weiter zu verschieben. Die soziale Marktwirtschaft ist schon jetzt kaum wiederzuerkennen. In rasendem Tempo geht die Schussfahrt Richtung Staatsfetischismus, Überregulierung und Umverteilung. So wurde die Corona-Krise zum Einfallstor für die Ausweitung der unverantwortlichen und unsozialen Geldpolitik der EZB und für neue Formen vertragswidriger Umverteilung innerhalb der EU. Auch bei der Verschuldung von Bund und Ländern sind die letzten Hemmschwellen gefallen. Die wachsenden Schuldenberge beschneiden schon jetzt massiv die Zukunftschancen zukünftiger Generationen.

**Was Berlin braucht, ist kein kurzfristiger Aktionismus.**

Dabei geht es längst nicht mehr um vorübergehende Hilfestellung, sondern um einen Umbau unserer sozialen Marktwirtschaft zu einer im besten Fall staatskapitalistischen, im schlimmsten Fall protosozialistischen Form der Wirtschaftslenkung.

Das sind selbstverschuldete Auswirkungen von Corona, die uns nicht weniger besorgen müssten als das Virus selbst.

Wir müssen langsam aufpassen, dass wir nach Corona nicht in einer anderen Republik aufwachen!

Deswegen brauchen wir jetzt umso mehr eine Corona-Strategie, die mit den Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft und unserer Freiheitlich Demokratischen Grundordnung in Einklang steht, und keinen 4-Wochen-Aktio-

nismus, mit dem wir unsere Freiheit, unseren Wohlstand und unsere Kultureinrichtungen aufs Spiel setzen.

Die Vorstellung, „jetzt noch 4 Wochen Lockdown, und dann wird alles gut“, ist an Einfältigkeit nicht zu überbieten. Was machen Sie denn, wenn Weihnachten vor der Tür steht und sich die Lage nicht wesentlich entspannt hat? Ein Lockdown kann immer nur die Ultima Ratio sein. Und Corona wird uns mit Sicherheit auch noch im Dezember und im kommenden Jahr beschäftigen. Deswegen ist es unverantwortlich, dass Sie jetzt Weihnachten als neues Framing ausgemacht haben und mit Weihnachten wedeln, um den Lockdown durchzusetzen. Umso größer wird die Enttäuschung der Berliner sein, wenn die Fallzahlen im Dezember hoch bleiben. So tragen Sie schon jetzt absehbar zur Demoralisierung der Bürger in dieser Stadt bei.

Was Berlin braucht, ist kein kurzfristiger Aktionismus, sondern sind mittel- bis langfristig tragfähige Lösungen, die die Menschen nachvollziehen können. Nur so können wir die Berliner auch von einzelnen Einschränkungen überzeugen. Aber wir können unsere Stadt nicht auf Dauer lahmlegen.

Deswegen appelliere ich an Ihre Vernunft: stellen Sie die angekündigten Maßnahmen noch einmal auf den Prüfstand. Alle Anstrengungen müssen jetzt auf die Risikogruppen konzentriert werden. Die von Ihnen vorgeschlagenen, darüber hinaus gehenden Maßnahmen sind zum Großteil nicht nur nicht notwendig, sie sind auch nicht sinnvoll, da sie unverhältnismäßig und zum Teil sogar kontraproduktiv sind.

Und hören Sie endlich auf, wie schon in der Euro-Rettungspolitik und der Klimapolitik den Menschen Angst zu machen und ihnen einzureden, es gebe keine sinnvolle Alternative zu Ihrer Politik.

Denn es gibt vernünftige Alternativen zur Schließung von Theatern, Opern und Konzerthäusern, Gaststätten, Restaurants, Sportplätzen und vielen anderen Einrichtungen.

Es gibt eine Alternative zum Auszehren der Kultur und dem massenhaften Sterben unzähliger Betriebe in dieser Stadt. Es gibt eine Alternative zum Lockdown. Diese Alternative liegt Ihnen in Form unseres wohlhabewogenen Änderungsantrags zu den aktuellen Verordnungen vor.

Es ist eine Alternative für Deutschland!

Stimmen Sie unserem Antrag zu und geben Sie den Berlinern die Hoffnung zurück!“

~ MARTIN TREFZER



Freiheit is ja nu'nen breitet Wort. Weil die Bedeutung vonne Freiheit fua alle so wat anderet iss. Und weil uns ja wat fehlt, wennwa se nich haben. Fua eenem, der im Zuchthauskeller sitzt – so wie ick ma damals – da kann Freiheit schon nen Fenster inner Zelle und der Blick uff son paa Piepmätze sein, weeßte? So der Anschluss annet Leben, sozusagen. Und fua son armet Mädél, wat wo anschaffen jehn muss, weilse sonst Ärjer kriecht mit Ihrm Luden, da ist mal son Freierfreier Tag nen Feiertag in Freiheit. Fuan Arbeeta sind die paa Groschen am Ende der Malocher-Woche die janz große Freiheit, weila sich wat leesten kann, mal nen Bier mitm Kurzen, und dann gleech nochma. Und am Wochenende mid dem Liebchen tanzen jehn. Und son Bürger iss da janich viel anders nich, eegentlich nua mit mea Jeld. Und dass er eben inne Oper jehn kann und schicke essen inne Restauration. Oda ma zum Fußball. Und Schule? Ick waja nie inner Penne und Schreiben habbick im Knast gelernt. Aba ick hama sajenlassen, dasson Schüla die Ferjen und det nichlernen-müssen als janz große Freiheit jenießen tut. Weil eben ooch die Jören dann machen könn watse wollen. Und die Lehra tuts ebentso erfreuen. Aba wennu jakeener mehr irjendwat kann machen tun, eenfach weila nichma mehr uffte Straße darf? Mal son Schnäpperken nehmen? Vonne Kultua janz zu schweigen, Sportfeste jehmia wech, nüscht jeht mehr. Der Mensch lebt ja nich vom Brot alleene, der lebt ja ooch midde Mitmenschen und durch det Miteinanda. Mit Liebsten, Kumpels und andere Kneipenjänga. Beim Schmackofatzen und beem Singen, und oochma det Tanzbein schwingen. Dettis Freiheit fua mia: Wenn ick mia aussuchen kann, mit wem ick wat mache, fastehste?

# „Freiheit ist das Stichwort.“

## Interview mit Prof. Dr. Jörg Meuthen zu 30 Jahren Wiedervereinigung und EU-Allmachtsphantasien

Prof. Dr. Jörg Meuthen wurde 1961 in Essen geboren und ist Vater von fünf Kindern. Als Diplom-Volkswirt lehrte Meuthen zunächst Wirtschaft an Hochschulen und Universitäten. 2013 trat er in die AfD ein und wurde 2015 zum Bundessprecher gewählt. Meuthen ist seit 2017 Mitglied im EU-Parlament und dort stellvertretender Vorsitzender der Fraktion „Identität und Demokratie“. Der Dreiklang freiheitlich, konservativ, patriotisch beschreibt seine politischen Überzeugungen am besten.



**Prof. Dr. Jörg Meuthen,  
Bundessprecher der AfD, Mitglied des  
Europäischen Parlaments**

*Guten Tag, Herr Meuthen! Das Rahmenthema unseres Treptow-Köpenicker „Blauen Boten“ 2/2020 ist Freiheit. Was assoziieren Sie persönlich mit dem Thema Freiheit?*

Für mich bedeutet Freiheit die Möglichkeit, meine eigenen Entscheidungen unbehelligt und ohne Bevormundung treffen zu können. Das gilt für die Freiheit der Bewegung wie auch für die Freiheit, meine Meinung zu äußern, ob sie nun anderen Menschen passt oder nicht. Ich habe als junger Mann die brutalen Freiheitsbeschränken in der damaligen DDR gesehen. Auch deshalb hat sich die Freiheit schon in meiner Jugend zu meinem Lebensthema entwickelt.

**Freiheit bedeutet die Möglichkeit, eigene Entscheidungen unbehelligt und ohne Bevormundung treffen zu können.**

*Freiheit und Heimat sind auf der Ideen- und auf der Gefühlsebene eng miteinander verbunden. Wo ist Ihre persönliche Heimat?*

Meine persönliche Heimat ist kein Ort. Sie ist immer bei den Menschen, die ich liebe und die mich lieben. Das ist meine Heimat, das ist mein Zuhause. Das ist die Gefühlsebene und die ist immens wichtig.

*Wir haben dieses Jahr am 3. Oktober „30 Jahre Wiedervereinigung“ gefeiert. Wo und wie haben Sie die Zeitenwende '89/'90 erlebt?*

Als die Mauer fiel, lebte ich mit meiner Familie in Rheinland-Pfalz; also fernab des eigentlichen Geschehens. Und ich habe damals sehr darunter gelitten, nicht vor Ort in Berlin sein zu können, wo ich in diesen Tagen unglaublich gern gewesen wäre. Stattdessen

saß ich zuhause vor dem Fernseher, habe alles stehen und liegen lassen und mich an den Bildern, tief bewegt von den Ereignissen, nicht satt sehen können.

*Was ist in der „Nachwendezeit“ gelungen?*

*Was ist uns in den letzten 30 Jahren in Deutschland nicht gelungen?*

Gelungen ist sicherlich - mehr als zuweilen anerkannt wird - die Anpassung der Infrastruktur zwischen den beiden Landesteilen. Da ist sehr viel Positives geschehen und das wird nicht ausreichend gewürdigt. Die Deutschen neigen zum Meckern, sie sollten aber auch sehen, was erreicht wurde, denn das ist nicht wenig. Nicht richtig gelungen ist leider insbesondere ein wechselseitiges Verständnis zwischen den Menschen in Ost- und Westdeutschland. Zu viele Menschen empfinden sich noch immer als „Ossis“ oder „Wessis“. Ich mag diese beiden Begriffe nicht und halte sie in keiner Weise mehr für zeitgemäß.

**Meine Heimat ist kein Ort. Sie ist immer bei den Menschen, die ich liebe und die mich lieben.**

*Auch in der AfD sind immer wieder – bei aller Einigkeit hinsichtlich gemeinsamer Motivation und politischer Ziele – Unterschiede zwischen Ost und West erkennbar. Was können die westdeutschen Landesverbände von den Ostdeutschen lernen? Und umgekehrt?*

An dieser Frage stört mich, dass von vornherein unterstellt wird, dass die Landesverbände völlig unterschiedlich seien. Dem ist aber gar nicht so. Ich bin viel in allen Bundesländern unterwegs und stelle in den Gesprächen fest, dass die Gemeinsamkeiten deutlich das Trennende überwiegen. Was die Westdeutschen - ein Stück weit - von den Ostdeutschen lernen können,

ist das emotionale Erreichen der Menschen; sie also außerhalb des engeren Parteibetriebes anzusprechen. Ich glaube, dass das im Osten vielfach besser gelingt. Umgekehrt können die Ostdeutschen von den Westdeutschen vielleicht eine pragmatischere Herangehensweise lernen. Da sehe ich zuweilen im Osten zu viel Ideologie, die einem manchmal im Wege steht.

**Zu viele Menschen empfinden sich noch immer als „Ossis“ oder „Wessis“.**

*Was schätzen Sie am meisten an Tino Chrupalla, dem zweiten Bundessprecher der AfD?*

Mir gefällt an ihm seine junge, unverbrauchte Art. Es gelingt ihm sehr offen und frei von Allüren auf die Menschen zuzugehen und sie – das meinte ich zuvor – auch emotional, also ihre Herzen, anzusprechen.

*Wie beabsichtigen Sie und wie beabsichtigt die AfD, freiheitliche und soziale Politik unter einen Hut zu bringen?*

Freiheitliche Politik führt zu sozialen Ergebnissen. „Sozial“ bedeutet nicht sozialistisch; das ist ein Riesenunterschied. Zur Freiheit gehört auch die Freiheit von materieller Not und für diejenigen, die sich nicht selbst helfen können, muss das der Staat übernehmen. Das ist die Grundkonzeption der Sozialen Marktwirtschaft und diese löst den vermeintlichen Widerspruch zwischen Freiheit und sozialer Sicherheit auf. Es wird schlicht viel zu oft behauptet, die beiden Ziele stünden sich unversöhnlich gegenüber.

WEITER AUF NÄCHSTER SEITE

**FORTSETZUNG INTERVIEW**

*Mit welchen programmatischen Schwerpunkten sollte die AfD in den Bundestagswahlkampf 2021 gehen?*

Ich habe in meinen Jahren als Bundessprecher immer wieder erlebt, dass wir uns die Themen nicht suchen, sondern sie zu uns kommen. Das Eurothema kam als Gründungsthema der AfD, das Migrationsthema kam auf uns zu; ebenso wie zuletzt das Coronavirus. Und ich prognostiziere für das Wahljahr, dass wir mit ganz erheblichen wirtschaftlichen Problemen kämpfen werden. Die Arbeitslosigkeit wird steigen, das Bruttoinlandsprodukt wird sinken – wir werden in einer schweren Wirtschaftskrise sein. Dieses Thema wird auf uns zukommen. Und darauf müssen wir, als AfD, andere Antworten geben als die übrigen Parteien, denn die können das erkennen nicht. Die Lösung können nicht „mehr Staat“ und immer gigantischere Ausgabenprogramme sein, für die man die Menschen mit immer höheren Steuern und Abgaben und gigantischer Verschuldung erdrosselt. Die Probleme löst man durch mehr wirtschaftliche Freiheit für die Menschen. Und diese wirtschaftliche Freiheit wird 2021 ein wichtiger Programmpunkt für uns sein.

### **Die Probleme löst man durch mehr wirtschaftliche Freiheit für die Menschen.**

*Apropos Freiheit, Apropos Europa: Bereits 2007 hat Guy Verhofstadt, der damals Premierminister Belgiens gewesen ist und heute mit Ihnen im Europäischen Parlament sitzt, ein Buch mit dem eindeutigen Titel „Die Vereinigten Staaten von Europa“ herausgebracht. Warum hat es nicht schon damals größere politische Oppositions- und Protestbewegungen in Deutschland gegen dieses Unterfangen gegeben?*

Es gab dagegen schlicht keine Proteste, weil in Deutschland kaum jemand davon Kenntnis genommen hat. Die wenigsten Deutschen kennen Guy Verhofstadt überhaupt und den allermeisten ist gar nicht bewusst, wie stark in Brüssel an diesem Ziel der „Vereinigten Staaten von Europa“, also der Aufhebung der Nationalstaaten, gearbeitet wird! Gerade deswegen halte ich meine Rolle im Europäischen Parlament für so existenziell wichtig für Deutschland. Ich muss dieses Thema – gemeinsam mit meinen

Kollegen – in die deutsche Bevölkerung hinein kommunizieren, damit die Menschen diese Bedrohung erkennen.

### **Nationalstaaten bewähren sich besser im Rahmen der Globalisierung.**

*Die EU hat für viele Mainstreampolitiker dogmatischen Charakter. Sie sei alternativlos. Hierbei wird immer wieder suggeriert, dass „Nie wieder Krieg“ nur mit der EU funktioniert und dass nur die EU die beste Antwort auf die Globalisierung sei. Warum sind diese beiden Legitimationsnarrative nicht zwangsläufig richtig?*

Damit es nie wieder Krieg gibt, ist es gerade wichtig, die Nationalstaaten zu erhalten! Die europäischen Staaten sind viel zu klein, um auf die absurde Idee zu kommen, Kriege zu führen, wie wir sie aus dem 20. Jahrhundert kennen. Und das ist gut so! Es sind die großen Blöcke, die imperiale Gelüste entfalten und Kriege anzetteln. Nehmen wir die Staaten in Europa, die nicht in der EU sind, so wie die Schweiz, Norwegen oder Island; sie sind nie imperialistisch aufgefallen und haben keine Kriege geführt, weil sie als Nationalstaaten einfach zu klein sind. Mitnichten bedarf es der Europäischen Union für das zweifellos enorm wichtige Ziel, es nie wieder zu einem Krieg kommen zu lassen. Ferner bewähren sich Nationalstaaten auch besser im Rahmen der Globalisierung. Es ist eine irriige Annahme, dass wir in einer globalisierten Welt große staatliche Gebilde bräuchten, um bestehen zu können. Auch das stellen kleine, souveräne Staaten, die keinem großen Machtblock angehören, unter Beweis. Der EU-Binnenmarkt hat fraglos seine Vorzüge. Er ist aber auf keinen Fall die „beste Antwort“ auf die Globalisierung.

*Deutschland profitiere wirtschaftlich unterm Strich von der EU. So lautet eine weitere Behauptung vieler EU-Befürworter. Was entgegnen Sie denen?*

Wer das behauptet, möge das doch einmal in einer Berechnung vorlegen. Denn das ist nicht mehr als eine haltlose Behauptung! Unbestritten ergeben sich wirtschaftliche Vorzüge aus der Mitgliedschaft in der EU: Binnenmarkt, Aufhebung der Zölle, freier Handel. Das ist eine Win-Win-Situation für alle beteiligten Staaten. Demgegenüber stehen aber ganz erhebliche Verluste für uns Deutsche, etwa aus

der völlig verkorkten Währungsunion – Stichwort: TARGET2-Salden. Wir zahlen unsere Exporte hier letztlich selbst und es ist Unsinn zu behaupten, wir würden mit unseren Exporten „wunderbar“ ökonomisch dastehen wegen der EU. Dazu müssten sie vom Ausland bezahlt werden und die TARGET2-Salden weisen über eine Billion Euro an offenen Rechnungen auf! Das allein beweist schon, dass diese Behauptung nicht stimmt und das wird noch bestätigt von den Negativzinsen, resultierend aus der absurden Politik der EZB und vielen anderen Punkten, in denen uns die EU und der Euro Verluste bringen. Insofern gibt es gleichermaßen Vor- und Nachteile, aber wir laufen Gefahr, dass Letztere – die Verluste – unter dem Strich überwiegen.

### **Wenn wir zulassen, dass aus der EU ein Bundesstaat wird, statt eines Staatenbundes, dann wird die Freiheit der Menschen überall darunter leiden.**

*Warum und inwiefern ist die EU eine Bedrohung für unsere Freiheit in Deutschland und Europa?*

Natürlich ist die EU genauso eine Gefahr für unsere Freiheit wie alle Superstaatsgebilde. Es ist völlig klar, dass mit dem Wachsen eines staatlichen Gebildes auch dessen Machtausübung wächst. Und je größer es ist, desto kleiner ist die Chance der Bürger, sich bei Nichteinverständnis mit den politischen Entscheidungen dagegen zu wehren. Man will die „Vereinigten Staaten von Europa“ nicht etwa als Garant der Freiheit des Individuums, sondern definitiv, um das Individuum total steuern zu können. Das ist die Gefahr, die von dieser EU ausgeht. Wenn wir die EU als Staatenbund für freien Handel gestalten, also wie einst die EWG, dann überwiegen eindeutig die Vorteile und die Gefahr für unsere Freiheit wird minimiert. Wenn wir zulassen, dass aus ihr ein Bundesstaat wird, statt eines Staatenbundes, dann wird die Freiheit der Menschen überall darunter leiden. Meine zentrale politische Aufgabe ist es, das zu verhindern, denn „mehr EU“ bedeutet „weniger Freiheit“!

*Herr Meuthen, wir danken Ihnen recht herzlich für dieses Gespräch!*

# Guter Flüchtling, schlechter Flüchtling...

## Die Doppelmoral der Altparteien

Am 9. November 1989 erreichte die so genannte „friedliche Revolution“ in der DDR mit der Öffnung der Grenzen ihren Höhepunkt. Diese Sternstunde der jüngeren deutschen Geschichte wurde damals allerdings von einflussreichen politischen Akteuren in der Bundesrepublik mit großer Skepsis gesehen. Heutzutage will sich so Mancher daran gewiss nicht mehr genau erinnern ...

Laut Nachrichtenmagazin „Spiegel“ von 1989 wich die anfängliche Euphorie – auch in West-Berlin – einer Front von so genannten „Flüchtlingsfeinden“, die „von kommunistischen Sektierern über alternative Abgeordnete bis hin zu strammen SPD-Linken reichte“.

**Schon erstaunlich, wie unsere linken Politiker 1989/90 gegen SED-Flüchtlinge vom Leder zogen!**

Die SPD im Bundestag spottete über diejenigen Bonner Politiker, die immer noch „verbale Willkommensgirlanden in den Lagern aufhängten“ und darüber, dass man die Zuwanderer aus der DDR mit „einer Politik der offenen Arme angelockt“ habe. Man befürchtete, dass Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot durch den Massenansturm von SED-Flüchtlingen verschärft werden könnten und der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Hermann Heinemann (SPD) warnte vor einer „Verhättschelung der DDR-Übersiedler“. Sein Parteigenosse Wolfgang Nagel, Bausenator in West-Berlin, stöhnte unter dem „Wohnraumangel“ durch 30.000 Umsiedler aus dem Osten. Michael Haberkorn (damals „Alternative Liste“ – heute „Grüne“) sprach vom „Zorn der 11.000 einheimischen Dauer-Obdachlosen“ und davon, dass durch den Zuzug aus dem Osten die Chancen für ein Dach über dem Kopf auf Null gesunken seien. Vielen Gewerkschaften waren die Deutschen von der anderen Seite zudem als „Streber missliebige, die im Verdacht stehen, jede Arbeit anzunehmen, zu fast jedem Preis“.

Die linke Tageszeitung „taz“ kritisierte ebenfalls das „Bonner Willkommensgeschrei“ und feierte im selben Jahr „die Mauer als Berlins nützlichstes Bauwerk; schließlich bewahre sie die BRD und West-Berlin vor Horden naturtrüber, säuerlich sächselnder DDR'ler mit Hang

Foto: Nikolaus Becker



zu Billig-Antikommunismus und REP-Wählern“. Grünen-Politiker Peter Lohauß, Mitglied des Parteivorstandes der Alternativen Liste, brachte laut Spiegelbericht von 1989 für West-Berlin eine Zuzugsbegrenzung ins Gespräch und forderte, die „Zweistaatlichkeit als Kriegsfolge anzuerkennen und DDR-Bürger wie andere Ausländer auch zu behandeln“. Ehrhart Körting (SPD) forderte sogar, die Übersiedlung von DDR-Bürgern per Gesetz zu erschweren, z.B. durch Abschaffung der Rentenberechtigung.

**„Horden naturtrüber, säuerlich sächselnder DDR'ler mit Hang zu Billig-Antikommunismus und REP-Wählern“**

Schon erstaunlich, wie unsere linken Politiker 1989/90 gegen Flüchtlinge vom Leder zogen! Wer hätte damals gedacht, dass die gleichen Kreise 26 Jahre später umso freudiger ins Horn der sogenannten ‚Willkommenskultur‘ stießen, als es nicht mehr um innerdeutsche, sondern um außereuropäische Flüchtlinge ging? Was nach dem Fall der Mauer für Linke noch ein Dorn im Auge war, wurde jetzt unter dem Schlachtruf „refugees welcome“ zum letzten Schrei der linken Avantgarde. Aber klar, jetzt ging's ja um die Weltrettung, nicht mehr um Hilfe für Deutsche.

**Wir dürfen niemals vergessen, wer für die sozialistische Diktatur und die Teilung Deutschlands verantwortlich war!**

Das ganze Schlamassel der Linken in ihrem Verhältnis zur Nation zeigt sich jedes Jahr aufs Neue an den Jahrestagen des 17. Juni 1953 und des 9. November 1989, wenn eifrig um den heißen Brei herum geredet und so getan wird, als sei das Scheitern des sozialistischen Experiments nur ein bedauerlicher Betriebsunfall auf dem Weg in eine gerechtere Welt gewesen. Doch davon sollten wir uns nicht blenden lassen. Wir dürfen niemals vergessen, wer für die sozialistische Diktatur und die Teilung Deutschlands verantwortlich war! Dass diejenigen, die damals gegen die Deutsche Einheit vom Leder zogen, heute wieder Verantwortung in Berlin tragen, sollte uns allen Ansporn sein, in der Aufklärung über das sozialistische Unrecht nicht nachzulassen.

~ANDREA LORENZ

# Bürgerliche Kiezvielfalt oder eine neue Sonnenallee?

*Örtliche Einkaufstradition in der Baumschulenstraße geht unter*

Seit fast 10 Jahren wohne ich hier in Baumschulenweg und ich habe bisher sehr gerne hier gelebt. Entlang der Baumschulenstraße gibt es viele Restaurants und Cafes. Alles ist gut zu Fuß zu erreichen und die Umgebung ist lebhaft.

Die Baumschulenstraße ist eine Straße mit langer Tradition. Sie war schon zu DDR-Zeiten eine beliebte Einkaufsstraße. Leider mussten in den letzten Jahren einige Fach-Geschäfte mit teilweiser langer Geschichte schließen: So zum Beispiel die Bäckerei „Galander“ in der Baumschulenstraße 70, der Schuhladen in der Baumschulenstraße 11 oder der Schlüssel- und Schusterladen in der Kiefholzstraße 183. Steigende Mieten, sinkende Einnahmen oder Eigenbedarf zwangen zur Aufgabe.

## Die Namensgebung an den Läden kennt man zur Genüge aus Neukölln.

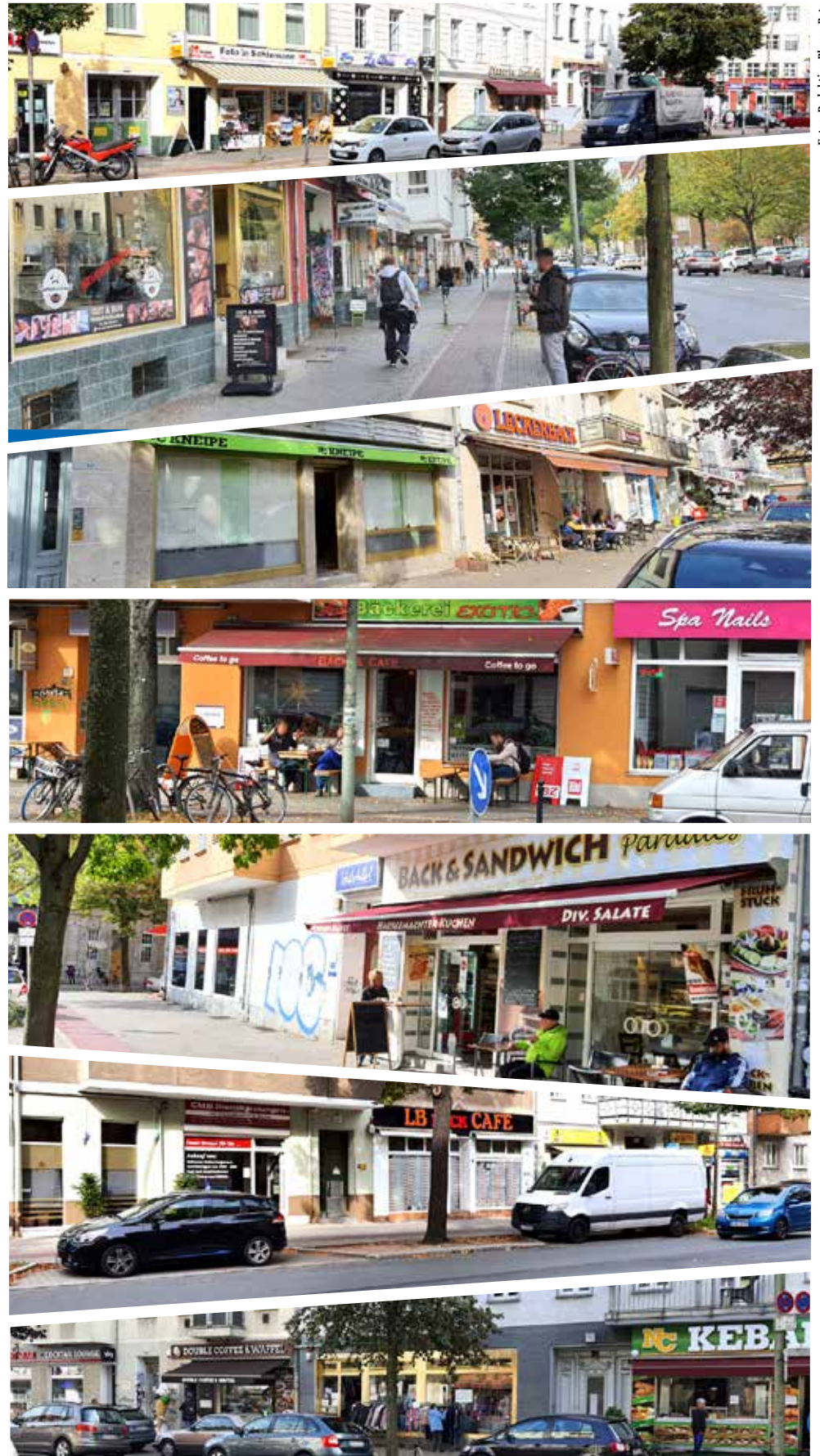
In der letzten Zeit hat hier allerdings eine ganz andere Entwicklung Einzug gehalten, die unsere örtlichen Traditionen vollkommen über Bord wirft. Ich werde das Gefühl nicht los, dass die Baumschulenstraße zu einer „neuen Sonnenallee“ verkommt!

Es ist nicht zu übersehen, dass sich eine Vielzahl an Geschäften breit macht, deren zumeist arabisch-stämmige Inhaber mit zweifelhaften Geschäftsideen auf Kundenfang gehen. Die Namensgebung an den Läden kennt man zu Genüge aus Neukölln. Wie die Pilze sprießen Geschäfte aus dem Boden mit immer gleichem Design: So wurde beispielsweise gegenüber dem „Mc Kebab“ eine „Mc Kneipe“ eröffnet. Am meisten fallen die zahlreichen so genannten „Barber-Shops“ und Friseure auf. Allein in der Baumschulenstraße gibt es fünf, die in Stil und Aufmachung einander sehr ähneln.

Man fragt sich, wie diese Geschäfte bei so viel Konkurrenz erfolgreich sein können und wie dort Geld verdient wird. Außerdem stelle ich mir die Frage, wie die Verantwortlichen im Bezirksamt diese Entwicklung sehen und in welchem Rahmen dort Genehmigungen erteilt werden.

Mir jedenfalls ist gar nicht wohl dabei, wenn ich sehe, wie sich unsere Gegend um die „Baume“ jüngst entwickelt hat! Ich hoffe, dass auch andere Anwohner diese Entwicklung mit Sorge betrachten.

~TJ



Fotos: Redaktion Blauer Bote



# AUS DER FRAKTION

BVV TREPTOW-KÖPENICK WINTER 2020/21

AfD

FRAKTION  
TREPTOW-KÖPENICK



Foto: stock.adobe.com

## Viel Wind um nichts

**Rot-Rote Zählgemeinschaft verschleppt wichtige Anträge zugunsten billiger Scheindebatten**

Liebe Treptow-Köpenicker, kein Thema begleitet uns aktuell so sehr wie die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Einschränkungen und Verbote, welche uns vom Berliner Senat auferlegt worden sind! All dies geschieht auf Basis einer unsicheren Faktenlage und einer zunehmenden Widersprüchlichkeit, was zurecht zu einem Akzeptanzverlust und auch zu einem grundsätzlichen Glaubwürdigkeitsproblem der Politik auf Landes- und Bundesebene geführt hat.

Täglich gaukeln uns Bundesregierung, treudoofe Landesfürsten und Hofmedien Horrormeldungen vor, die meistens einer einheitlichen wissenschaftlichen Grundlage entbehren. Aber der Kern des Problems liegt aktuell nicht allein in der unsicheren Faktenlage und dem damit verbundenen blanken Aktivismus, sondern vor allem in der mangelnden demokratischen Legitimation.

**Unsere Parlamente sind zu Statisten degradiert worden.**

Unsere Parlamente sind zu Statisten degradiert worden und dürfen nur von der Seitenlinie ein paar kritische Worte hineinrufen. Diese Form der Politik ist gerade in einer Situation, in der ein enormer sozialer, aber auch psychischer Druck - insbesondere im Alltag - auf uns alle ausgeübt wird, einem demokratischen Rechtsstaat mehr als unwürdig.

Auch in der Bezirksverordnetenversammlung von Treptow-Köpenick kommt

die Kommunalpolitik zunehmend unter die Räder. So konnte auf der Plenarsitzung am 24. September aufgrund von Lüftungspausen und parteipolitischen Taktierereien der Altparteien erneut keine ernsthafte Debatte zu den wirklich wichtigen Themen in unserem Bezirk stattfinden. Statt sich um die zentralen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger von Treptow-Köpenick zu kümmern, ließ man sich lieber lang und breit über die Legalisierung von Graffitis im öffentlichen Raum aus. Eine andere Debatte drehte sich ausgerechnet um die Genehmigung von Heizpilzen für Gastromomen, was vor dem Hintergrund des erneuten Lockdowns und den damit verbundenen fatalen Folgen für unsere Hotel-, Kneipen- und Restaurantbesitzer wie ein schlechter Scherz wirkt.

Diese Praxis ist ein Trauerspiel, welches wir solange anprangern werden, wie es in der BVV dreist zur Schau gestellt wird!

**IHR ALEXANDER BERTRAM**  
FRAKTIONSVORSITZENDER

### Kontakt

**AfD-Fraktion Treptow-Köpenick**

Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

☎ 030 90297 4290

✉ post@afd-fraktion-tk.de

🌐 www.afd-fraktion-tk.de

📘 facebook.com/AfDFraktionTK/

### Bürgersprechstunden

**Dienstag** 10:00 bis  
13:00 Uhr **Mittwoch &**  
**Donnerstag** 15:00 bis  
17:00 Uhr sowie nach  
Vereinbarung

### Kommen Sie zur BVV!

Die Sitzungen der BVV sind öffentlich.

**Nächste Sitzung der BVV 10. Dez. 2020 16:30, Videokonferenz, Gäste erhalten Einwahldaten nach Anmeldung!**



Der ganze  
Sitzungskalender  
im Internet:

[https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/si010\\_e.asp](https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/si010_e.asp)

### IMPRESSUM

HERAUSGEBER Fraktion der Alternative für Deutschland in der Bezirksverordnetenversammlung von Treptow-Köpenick, Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

VERANTWORTLICH IM SINNE DES PRESSERECHTS  
Alexander Bertram TELEFON 030 90297 4290

E-MAIL post@afd-fraktion-tk.de Diese Zeitung informiert über die Arbeit der AfD-BVV-Fraktion. Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.



BLAUER BOTE TREPTOW-KÖPENICK

# Mahnung nicht erwünscht

## Erinnerungstafel am Sitz der FDJ-Kreisleitung abgelehnt



Foto: stock.adobe.com

Als Mahnung vor Totalitarismus, politischer Indoktrination und Instrumentalisierung junger Menschen stellte die AfD-Fraktion in der BVV den Antrag, am ehemaligen Sitz der FDJ-Kreisleitung in der Seelenbinderstraße 54 eine Erinnerungstafel anzubringen. Damit möchten wir vor der Unterdrückung der Rede-, Meinungs- und Diskussionsfreiheit an einem Ort, der sich „Haus der Jugend“ nennt und heute einen links-alternativen Jugendklub beherbergt, warnen. Als Vorbild können die existierenden Tafeln am Sitz der ehemaligen SED-Kreisleitung in der Gutenbergstraße 33 und der Stasi-Kreisdienststelle in der Friedrichshagener Straße 8 dienen.

Warum ist das gerade heute – 30 Jahre nach der Wiedervereinigung – erforderlich? Die Verklärung der DDR-Vergangenheit ist in vollem Gange! Die SED-Erben streben Hand in Hand mit SPD und Grünen wieder danach, ihre sozialistische Ideologie umzusetzen – mit Enteignungsphantasien, Denk-, Rede- und Demonstrationsverboten, Unterdrückung der Meinungsfreiheit und Ausgrenzung Andersdenkender. Vor allem die Jugend wird für diese Zwecke gern instrumentalisiert. Deshalb ist es wichtig, vor neuen totalitären sozialistischen Tendenzen zu warnen und die richtigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen! Dazu trägt die mahnende Erinnerung an die FDJ und ihre politische Funktion im SED-Staat bei.

### Die Verklärung der DDR-Vergangenheit ist in vollem Gange!

Wer in der DDR aufgewachsen ist und dort, wie die meisten Kinder und Jugendlichen, bei den Pionieren und in der FDJ war, mag diese Zeit möglicherweise in guter Erinnerung behalten haben. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die FDJ unzweifelhaft zum totalitären Macht- und Repressionsapparat der SED gehörte. Die FDJ war die Parteijugend und Nachwuchsorganisation der SED. Ihr Vorsitzender gehörte dem Zentralkomitee (ZK) der SED an. Die FDJ half der SED, die Jugend zu kontrollieren, politisch-ideo-

logisch zu binden und ihre politischen Ziele durchzusetzen. Zwar war die Mitgliedschaft in der FDJ freiwillig. Nichtorganisierte Jugendliche mussten jedoch mit etlichen Benachteiligungen, z. B. bei der Studien- und Berufswahl, rechnen.

Gerade an einem Ort, der sich heute „Haus der Jugend“ nennt, ist es angezeigt, vor solchen totalitären Ideologien und extremistischen Tendenzen zu warnen! Umso mehr muss es Sorge bereiten, wenn dort ein staatlich finanziertes, linksalternatives Jugendzentrum unter dem Deckmantel einer Jugendfreizeiteinrichtung seine Sympathie mit Linksextremisten bekundet und politisch Andersdenkende vom demokratischen Diskurs ausschließt.

So wurde auf dem Haus Seelenbinderstraße 54 ein Banner mit der Aufschrift „Solidarität mit der R94“ gehisst - gemeint ist die Rigaer Straße 94, ein Hort linksextremistischer Gewalt -, und niemand aus dem Parteienblock von SPD, Linken, CDU und Grünen hat daran Anstoß genommen! Stattdessen werden die Steuermittel für den Trägerverein jährlich aufgestockt. Dieselben Parteien sind es, die unseren Antrag für eine Erinnerungstafel am Ort der FDJ-Kreisleitung abgelehnt haben.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass das SED-Unrecht nicht verklärt oder weichgezeichnet wird und dass Mahnung und Erinnerung an dieses Kapitel deutscher Geschichte nicht verblasen!

~DENIS HENKEL

# #AfDwirkt

Foto: AfD-Fraktion, Treptow-Köpenick



## Gründerzeit-Haus Müggelheimer Straße 13 als Denkmal schützen!

Leider ist das markante Eckhaus Müggelheimer Straße 13/Wendenschloßstraße äußerlich in einem jämmerlichen Zustand. Dabei handelt es sich um einen Gründerzeitbau aus den Jahren 1896/1897. Bauausführender war damals ein Maurer und Zimmermeister aus Adlershof.

Wie eine Anfrage der AfD-Fraktion ergab, plant der jetzige Eigentümer den Abriss des Hauses und einen Neubau. Dadurch droht an dieser Stelle der Verlust eines historischen Zeitzeugnisses. Die AfD hat deshalb beantragt, beim Landesdenkmalamt den Denkmalwert der Immobilie ermitteln zu lassen, um das Gebäude unter Denkmalschutz zu stellen. Das Bezirksamt sollte dies von amtlicher Seite im Rahmen seiner Möglichkeiten initiieren und unterstützen.

Pikanterweise teilten das Bezirksamt und der zuständige Baustadtrat Hölmer (SPD) auf die Anfrage des Bezirksverordneten Henkel (AfD) hin mit, dass die Eintragung des Hauses in die Denkmalliste abgelehnt worden sei. Eine Überprüfung dieser Auskunft beim Senat durch den AfD-Abgeordneten Martin Trefzer ergab indes, dass eine Denkmalwertprüfung bisher gar nicht stattgefunden hat. Damit konfrontiert, ruderte das Bezirksamt wieder zurück und behauptete, die erste Auskunft sei missverständlich gewesen. Wer soll das glauben?

Die Altparteien haben die Brisanz der Lage mittlerweile erkannt und – wie so häufig – einen Antrag eingebracht, der unserem in erstaunlicher Weise ähnelt. AfD wirkt!

~DENIS HENKEL





FRAKTION  
TREPTOW-KÖPENICK



## Aktionstage für freiwillige Rückkehrer

Etwa 13.500 abgelehnte Asylbewerber, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, befinden sich aktuell laut „BZ“ in Berlin (Stand: 31. März 2020). Eine immer höhere Anzahl vollziehbar Ausreisepflichtiger steht damit einer immer geringeren Anzahl tatsächlicher Abschiebungen gegenüber.

Die Nichtdurchsetzung geltenden Rechts hat schwerwiegende Folgen für die deutsche Gesellschaft und deren Problemlagen. Dem Steuerzahler ist diese immer höher werdende Belastung längst nicht mehr zuzumuten und der knappe bezahlbare Wohnraum sollte nicht auch noch durch Menschen ohne Bleibeperspektive in Anspruch genommen werden!



Foto: stock.adobe.com

Wir haben deshalb das Bezirksamt ersucht, vollziehbar Ausreisepflichtige auf die großzügigen Angebote Berlins, Deutschlands und der EU zur Unterstützung bei der freiwilligen Rückkehr aufmerksam zu machen. Da unser Antrag auf zusätzliche Stellen im Bezirksamt zur Organisation freiwilliger Rückkehr abgelehnt wurde, wollten wir mit einem weiteren Antrag Aktionstage ins Leben rufen, die die Öffentlichkeit für dieses Thema sensibilisieren und die betreffenden Menschen auf direktem Wege erreichen könnten. Broschüren in mehreren Sprachen, die in den Amtsstuben ausliegen, erreichen nämlich Niemanden.

Aber scheinbar wollen die Altparteien gar nicht, dass Personen ohne Bleibeperspektive in ihre Heimat zurückkehren. Damit soll die illegale Masseneinwanderung offenbar weiter verfestigt werden. Dem werden wir uns entschieden entgegenstellen und mehr denn je für die Rückkehr zu einer rechtsstaatlichen und vernünftigen Politik kämpfen!

~ANDREA LORENZ



Foto: AfD-Fraktion, Treptow-Köpenick

## Mehr Gemeinschaftsunterkünfte derzeit nicht erforderlich

**Planung und bauliche Umsetzung von weiteren „Modularen Unterkünften für Flüchtlinge“ (MUF) müssen eingestellt werden**

**Dies gilt insbesondere für die bereits nach Sonderbaurecht genehmigten Vorhaben, z. B. am Bohnsdorfer Weg. Stattdessen sollten freie Kapazitäten in bestehenden Gemeinschaftsunterkünften ausgeschöpft und das Belegungsmanagement des Landesamts für Flüchtlinge (LAF) überprüft werden. Die AfD-Fraktion hat in der BVV einen entsprechenden Antrag mit dem Titel „MUF-Bau sofort stoppen. Planungshoheit der Bezirke sichern. Effizientere Rückführung ermöglichen.“ eingebracht.**

Bei Betrachtung der vorhandenen Kapazitäten, der derzeitigen Auslastung sowie dem prognostizierten Bedarf wird deutlich, dass weitere Gemeinschaftsunterkünfte im Land Berlin derzeit nicht erforderlich und auch nicht integrationsfördernd sind. Die bauliche Umsetzung der aktuell in Planung befindlichen MUFs in Treptow-Köpenick, insbesondere am Bohnsdorfer Weg mit 312 Plätzen, an der Salvador-Allende-Straße mit 460 Plätzen, am Hassoweg mit 500 Plätzen und an der Fürstenwalder Allee mit 500 Plätzen, erscheint daher weder erforderlich noch notwendig.

Deutschlandweit gab es Mitte des Jahres 272.000 vollziehbar ausreisepflichtige Personen. Und aufgrund des andauernden unkontrollierten Zustroms illegaler Einwanderer werden es täglich mehr. Zum 31.03.2020 lebten in Berlin 13.440 vollziehbar ausreise-

pflichtige Ausländer; vor allem aus Afghanistan, Irak und dem Libanon. Die Zahl hat sich in den letzten drei Jahren um 2.023 Personen erhöht. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Abschiebungen in Berlin seit Jahren. 2017 wurden noch 1.638 Ausländer abgeschoben, 2018 waren es 1.182 und 2019 nur noch 1.003. Auch mit Rücksicht auf die finanzielle Situation Berlins sollten die Abschiebungen unbedingt intensiviert werden.

Aufgrund der dezentralen Unterbringung der ausreisepflichtigen, abgelehnten Asylbewerber stellt sich allerdings das Problem, dass Abschiebungen häufig an der Unauffindbarkeit und dem kurzfristigen Untertauchen der Personen scheitern. Daher erscheint es sinnvoll, vollziehbar Ausreisepflichtige in gesonderten Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen, die einen reibungslosen Vollzug ermöglichen.

**Auch mit Rücksicht auf die finanzielle Situation Berlins sollten die Abschiebungen unbedingt intensiviert werden.**

Wir setzen uns dafür ein, die bisher für MUFs vorgesehenen Flächen für den allgemeinen Wohnungsbau sowie den Ausbau erforderlicher sozialer, grüner und verkehrlicher Infrastruktur zum Wohle aller Berliner zu verwenden.

~DENIS HENKEL



# Ein waschechter Schildbürgerstreich

## Die Gasdruckregelanlage auf dem Müggelheimer Dorfanger



Foto: AfD-Fraktion, Treptow-Köpenick

**Das Aufregerthema des Sommers in Müggelheim war die neue Gasdruckregelanlage – mitten auf dem denkmalgeschützten Dorfanger! Dieser Bau hätte das Gesicht des historischen Dorfangers zerstören und die Jahrzehnte anhaltenden Bemühungen des Müggelheimer Heimatvereins zum Erhalt eines der letzten in Berlin in diesem Umfang erhaltenen Anger-Ensembles zunichtemachen können. Der Neubau hätte an dieser Stelle nie genehmigt werden dürfen.**

Was war passiert? Im Juli begannen plötzlich auf der Rasenfläche des Dorfangers Bauarbeiten, ohne dass vorher ein Anwohner darüber in Kenntnis gesetzt worden wäre. Auch der vor Ort sehr engagierte Müggelheimer Heimatverein und die Bezirksverordnetenversammlung wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Es konnte so dann in Erfahrung gebracht werden, dass der örtliche Gasversorger an dieser Stelle den Ersatzneubau einer Gasdruckregelanlage errichtete und das Bezirksamt die Genehmigung dafür schon ein Jahr zuvor erteilt hatte. Während die alte Gasdruckanlage in einem Fachwerkhäuschen auf dem Dorfanger untergebracht ist und nicht weiter auffällt, war als Neubau nun ein schnöder Betonklotz geplant.

Es wurde immer augenscheinlicher, dass hier im Verwaltungsverfahren und in der Kommunikation des Bezirksamtes einiges

schiefgelaufen sein musste! Vor allem das beharrliche Schweigen des zuständigen Baustadtrates Hölmer (SPD) ließ nun auch beim letzten Beobachter die Alarmglocken läuten. Während die Bürger demonstrierten, mischte sich Bezirksbürgermeister Igel (SPD) mit einer Pressemitteilung in das Verfahren ein, obwohl er fachlich gar nicht zuständig war. Die SPD blieb insgesamt auffällig ruhig. Insbesondere der lokale Wahlkreisabgeordnete Tom Schreiber tauchte in dieser Sache völlig ab.

### **Der Neubau hätte an dieser Stelle nie genehmigt werden dürfen.**

Die AfD-Fraktion setzte sich von Anfang an für die Aufklärung dieses Schildbürgerstreichs ein. Mit Hilfe von Akteneinsicht und schriftlichen Anfragen brachten wir Licht ins Dunkel und erhöhten den Druck auf das Bezirksamt, um diese bürgerferne Entscheidung rückgängig zu machen und einen alternativen Standort für den Ersatzneubau zu finden. Im August stellte die AfD-Fraktion eine 28 Einzelfragen umfassende so genannte „Große Anfrage“, die schließlich das ganze Ausmaß des Verwaltungsversagens aufdecken konnte.

Die Kommunikation des Bezirksamtes in dieser Angelegenheit war ein einziges Desaster. Unsere Anfrage konnte enthüllen, dass das Bezirksamt seit Mitte November

2018 von dem Bauvorhaben des Gasversorgers gewusst hatte. Erst 1½ Jahre später – mit dem Baubeginn – wurden die Bezirksverordneten im Bauausschuss der BVV, der Bezirksdenkmalrat und die Müggelheimer Anwohner darüber informiert.

### **Die Kommunikation des Bezirksamtes in dieser Angelegenheit war ein einziges Desaster.**

Wenig überzeugend waren hierzu die Rechtfertigungen des Baustadtrates Hölmer, der schilderte, dass der Bauausschuss aufgrund einer ausgefallenen Sitzung nicht informiert werden konnte und man es anschließend dann einfach vergaß! Zudem konnte Hölmer nicht erklären, warum der Bauausschuss nicht schriftlich über den Vorgang informiert werden konnte.

Wir stellten darüber hinaus die Frage, welche Priorität Denkmalschutz für den Baustadtrat hat. Denn offensichtlich wurde die Bedeutung des Müggelheimer Dorfangers (und damit die Brisanz des Neubaus der Gasdruckregelanlage) vollkommen unterschätzt. Warum wusste der Stadtrat angeblich selbst nichts von dem Bauantrag? Und warum wurde der eigens zur Denkmalpflege eingerichtete Bezirksdenkmalrat nicht informiert? Wir konnten hier ebenfalls Organisationsverschulden des Baustadtrates feststellen und aufklären, dass die Prüfung von Alternativstandorten aus Kostengründen verworfen worden war.

Anfang November verkündete das Bezirksamt schließlich, dass gemeinsam mit dem Netzbetreiber ein Alternativstandort – und zwar am Ort der alten Anlage – gefunden wurde. Nach Auskunft des Bezirksamtes kostet die neuerliche Umsetzung zusätzlich 250.000 bis 500.000 Euro.

### **Offensichtlich wurde die Bedeutung des Müggelheimer Dorfangers vollkommen unterschätzt.**

Frage: Warum konnte man diesen Standort nicht bereits im ursprünglichen Baugenehmigungsverfahren finden?

Feststellung: Hölmers langes Verschweigen von Informationen ist ein handfester Skandal, der offenbar auf Missmanagement in seiner Behörde beruht!

. ~DENIS HENKEL



*Freiheit*  
EINE STRASSE MIT  
GESCHICHTE

Am Rande der Köpenicker Altstadt trägt eine etwa 200 Meter lange Straße zwischen Alt-Köpenick und der frisch renovierten Feuerwache den Namen des Rahmenthemas unserer Winterausgabe. Sehen wir uns mal Geschichte und Gegenwart der Straße an ...

Ende des 17. Jahrhunderts siedelten verfolgte Hugenotten nach dem „Edikt von Potsdam“ unter kurfürstlicher Patronage in die Straße. Sie arbeiteten als Tuchmacher und Seidenweber und wurden sowohl von Steuern als auch vom Militärdienst befreit. Zur großen lokalen Bedeutung der Textilherstellung trugen auch sie bei. 1765 wurde die „Kurfürstliche Freiheit“ dann in „Freiheit“ umbenannt.

Im heutigen Musikschulgebäude an der „Freiheit“ befand sich früher eine Zeit lang das Köpenicker Gefängnis. Nebenan kommt man in die „Freiheit 15“. Das ist heute ein illustres Vergnügungsgelände am Wasser, wo sich ein Biergarten im Freien und eine Bar mit Diskothek befinden.

In der Freiheit 8 erinnert eine Gedenktafel an die Synagoge der jüdischen Gemeinde Köpenicks. Das jüdische Gotteshaus wurde 1910 eingeweiht. In der Pogromnacht am 9. November 1938 wurde die Synagoge im Rahmen des SA-Terrors in Brand gesteckt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Gebäude abgerissen.

Heute sind mehrere Restaurants in der „Freiheit“ ansässig. Viele locken mit ihrer herrlichen Aussicht aufs Wasser. Ein mexikanisches Lokal wirbt mit feurig gewürzten Speisen.

~RACKOW



# Professioneller Umgang mit Covid-19 in Treptow-Köpenick

*Wir haben den Virus in unserem Bezirk unter Kontrolle*

In Treptow-Köpenick gibt es momentan kein unkontrolliertes Ausbruchsgeschehen. Wir arbeiten pandemiebedingt auf Hochtouren und nehmen umfangreiche Maßnahmen vor. Hierzu zählen die Abarbeitung der Kontaktnachverfolgungslisten, die Beantwortung der E-Mail-Eingänge und die Beratungsgespräche am Telefon.

Wir sind dankbar, mit einem Labor in Adlershof zusammenzuarbeiten, welches die Befunde innerhalb von maximal 24 Stunden übermittelt. Auf diese Weise können wir sehr schnell Infektionsketten unterbrechen.



**Bezirksstadtrat Bernd Geschanowski, AfD, berichtet an dieser Stelle regelmäßig aus der Abteilung Gesundheit und Umwelt im Bezirksamt Treptow-Köpenick**

***Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen meinen Mitarbeitern und bei den Soldaten der Bundeswehr für die monatelange engagierte Arbeit bedanken.***

Da sich der Fachbereich Hygiene sehr frühzeitig um die Einrichtungen der Risikogruppen gekümmert hat (Pflegeeinrichtungen, Senioreneinrichtungen, Gemeinschaftsunterkünfte, etc.), sind auch hier kaum Übertragungen zu verzeichnen. Außerdem werden die Schulen in unserem Bezirk sehr gut betreut und stehen im engen Kontakt zum Gesundheitsamt. Es gibt feste Ansprechpartner für die jeweiligen Institutionen.

Aktuell setzen wir ca. 75 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Quarantänebetreuung, E-Mail- und Telefonberatung und im Zusammenhang mit allen anderen Aufgaben ein. Darüber hinaus unterstützt uns die Bundeswehr sehr zuverlässig bei den Herausforderungen. Lagebedingt können wir auf zusätzliche Kräfte aus dem Gesundheitsamt und aus anderen Ämtern zurückgreifen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen meinen Mitarbeitern und bei den Soldaten der Bundeswehr für die mona-

Zur Verstärkung meines Gesundheitsamtes finden Sie interessante Stellenausschreibungen auf der Website des Bezirksamts:



<https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/aktuelles/ausschreibungen/stellenangebote/>

telange engagierte Arbeit bedanken. Nur durch die tägliche gemeinsame Kraftanstrengung und die allseits große Leistungsbereitschaft haben wir den Virus in unserem Bezirk unter Kontrolle!

**IHR BERND GESCHANOWSKI,  
BEZIRKSSTADTRAT FÜR GESUNDHEIT  
UND UMWELT**

# Weißt Du, wieviel Sternlein stehen?

*Politische Korrektheit im deutschen Sprachgebrauch, definiert vom Berliner Senat – eine Glosse*



Foto: stock.adobe.com

**Der Berliner Senat macht sich große Sorgen darum, dass wir falsch sprechen könnten. Hierbei geht es allerdings nicht um die absinkenden Sprach- und Rechtschreibfertigkeiten unseres hoffnungsvollen Nachwuchses und unserer hochqualifizierten Zuwanderer oder etwa um die unnötige Häufung von Anglizismen in der schönen deutschen Sprache. Nein, es geht darum, dass wir politisch korrekt sprechen sollen. Was politisch korrekt ist, entscheidet der Berliner Senat höchstpersönlich und schreibt es uns dann liebevoll vor** 📌 📌 📌

Seit 2012 gibt es bereits den so genannten „Leitfaden für eine geschlechtergerechte Sprache in der Verwaltung“. Hier werden die Berliner Verwaltungsmitarbeiter beispielsweise angehalten, „geschlechtsneutrale Substantive“ zu verwenden. So wäre es der politischen Führungsklasse in Berlin lieb, wenn ihre Mitarbeiter nicht mehr von Vätern und Müttern redeten, sondern lediglich von „Elternteilen“.

Dass dies vollkommen weltfremd ist, leuchtet ein. Dahinter verbirgt sich allerdings nichts Geringeres als der Frontalangriff auf die Keimzelle unserer Gesellschaft: die Familie. So energisch, wie grüne und rote Sozialisten an der Abschaffung des Autos arbeiten, so entschieden sind sie auch in ihrem Ansinnen, die traditionelle Familie in Deutschland Geschichte werden zu lassen. Angeblich würden Minderheiten dadurch geschützt und berufliche Erfolgsbiografien von Frauen könnten auf diese Weise in ungeahnte Höhen schießen. Was als berufliche oder biografische Erfolgsgeschichte zu gelten hat, entscheiden hierbei nicht etwa die Bürger unserer freien Gesellschaft, sondern es erfolgt auf Anordnung feministischer Frauen, Männer und Drittgeschlechtlicher mit rotem, grünem – oder neuerdings auch schwarzem – Parteibuch.

Anno Domini 2020 hat der Berliner Senat in seinem Bemühen um eine gerechte Welt nun ein weiteres Glanzstück seines moralischen und sprachlichen Genius veröffentlicht! Der so genannte „Diversity-Leitfaden“ der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung soll einen weiteren Meilenstein im heroischen Kampf gegen jegliche Ungleichheit unter uns Menschen darstellen. „Diversity“ steht neudeutsch für „Vielfalt“ und kann allgemein hin als das Wahre, Schöne und Gute unseres Zeitalters verstanden werden. Die mittlerweile vollkommen sinninflationierte – und damit sinnentleerte – Regenbogenfahne gilt als Symbol der relativistischen Ersatzreligion „Diversity“. Nach der Lektüre der Senatsrichtlinie zur vermeintlich richtigen Sprechweise fühlt sich der Leser hin- und hergerissen zwischen Amüsement und Irritation. Man weiß mal wieder nicht, ob man lachen oder weinen soll!

Wer heutzutage von Ausländern spricht, ist für die Guten und Gerechten unserer Zeit sowieso nicht mehr zu retten. Allerdings geben sich die neuen Jakobiner unterdessen nicht einmal mehr mit Begriffen wie „Migrant“ oder „Zuwanderer“ zufrieden! Die Seele unserer

Verwaltungsmitarbeiter könne laut Richtlinie nur dann in den Himmel springen, wenn sie zukünftig von „Einwohnenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit“ sprechen. Da lacht das Herz eines jeden Flüchtlings!

***Nach der Lektüre der Senatsrichtlinie zur vermeintlich richtigen Sprechweise fühlt sich der Leser hin- und hergerissen zwischen Amüsement und Irritation.***

Heiß her geht es aktuell insbesondere bei der politisch korrekten Umbenennung von Straßen in Berlin und ganz Deutschland. Früher zählten Leistung und Bekanntheitsgrad, heute zählen in erster Linie Geschlecht, Herkunft und politische Zeitgeistaffinität, wenn es um die Streichung politisch-ästhetisch unliebsamer und das Kürzen neuer Straßennamen geht. Die Berliner Mohren-Straße und die Mohren-Apotheken oder -restaurants in ganz Deutschland werden in diesem Zusammenhang zensiert, auch wenn das Anwohner und Inhaber häufig gar nicht möchten. Die moralisch Erhabenen unserer Zeit tun sich vor diesem Hintergrund in ihrem Sprachpamphlet ganz besonders schwer bei der vermeintlich diskriminierungsfreien Bezeichnung von Farbigen. Dunkelhäutige könne man auch nicht mehr sagen. Daher schlagen die Heilsbringer in ihrer Broschüre zur Bezeichnung von Farbigen den Terminus – kein Witz! – „People of Color“ vor. Während sich mäßig begabte feministische Journalistinnen landauf landab ungeniert über sogenannte „alte weiße Männer“ herablassen dürfen, muss Otto-Normalverbraucher nach dem Willen des justemilieu Farbige durch den der deutschen Sprache wenig entlehnten Zungenschlag „*People of Color*“ adeln und veredeln!

Zu den Stilblüten des Orwell'schen Neusprechs gehören überdies „*rollstuhlmobile Personen*“. Wir können uns sicher sein, dass Rollstuhlfahrer aufgrund dieser wegweisenden Bezeichnung zukünftig nur noch mit einem Lächeln auf den Lippen durch die Gegend düsen werden! Auch Fußgänger werden nun großzügigerweise aus ihrem sprachlichen Tal der Ahnungslosigkeit befreit. Wenn es nach dem Willen der sich fürsorglich um uns kümmernden roten und grünen

Senatoren ginge, sollten wir statt Fußgänger "zu Fuß Gehende" sagen. Ich denke, dass der Fortschritt womöglich darin besteht, dass nun eindeutig sprachlich festgestellt wird, dass wir nicht "auf den Unterarmen Kriechende" sind.

Der so genannte „Gender-Stern“ hat mittlerweile realistische Berühmtheit erlangt. Dachten Viele vor einigen Jahren noch, dass dieses Substrat ideologischer Verbohrtheit und dekadenter Absurdität nur in den dafür verantwortlichen linken Milieus sein Dasein fristen würde, so hat sich unser linksextremer Mainstream unterdessen für den Quatsch erwärmen können und übernimmt den Unfug nach und nach in die Verwaltungssprache. Unklar ist allerdings immer noch, ob Gender-Sternchen, Binnen - I oder Partizipialformen das Höchste der Gefühle und die Spitze des menschlichen Fortschritts bedeuten sollen. Einheitliche Vorschriften zur Schaffung sprachlicher Gerechtigkeit auf Erden existieren (noch) nicht.

**Germanisten können die Irrungen und Wirrungen, die der deutschen Sprache aktuell angetan werden, kaum glauben.**

Nicht nur die ehrlich arbeitende Bevölkerung fasst sich angesichts solch stupider Zeit- und Steuergeldverschwendung an den Kopf – auch Germanisten können die Irrungen und Wirrungen, die der deutschen Sprache aktuell angetan werden, kaum glauben. Vor einigen Jahren wurde das traditionsreiche Studentenwerk gezwungen, sämtliche Studentenwohnheime und Mensen in Deutschland umzubenennen. Gerechtigkeit entstünde angeblich dadurch, dass man Studenten nicht mehr als Studenten bezeichnete, sondern als „Studierende“. Dementsprechend wurden deutschlandweit sämtliche Gebäude mithilfe der substantivierten Partizipialform geschmückt. Das „Studierendenwerk“ klingt nicht nur verkorkst; die auserkorene Form ist auch aus linguistischen Gründen falsch! Der Terminus „Student“ bezeichnet in erster Linie einen Status. Das substantivierte Partizip bezeichnet eine unmittelbar stattfindende Aktivität. Studenten, die nachts schlafen, sind zu diesem Zeitpunkt keine „Studierenden“, sondern „Schlafende“! Sie sind schlafende Studenten, es sei denn sie ackern die ganze Nacht durch...

...und was ist eigentlich mit dem guten alten Studentenfutter?!!! Dokumentiert unser Kassenzettel im Supermarkt womöglich bald den Kauf von „Studierendenfutter“?! Na dann, Prost Mahlzeit und gute Nacht! ~RACKOW



## Gefilterte Realität

*Freiheit im Internet schützt auch Bürgerrechte in der analogen Welt*

Mit der Entstehung des so genannten Web 2.0 wurde vor nunmehr fast 15 Jahren der Grundstein für eine weitreichende Demokratisierung der digitalen Medien gelegt. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde die Medienwelt von den wenigen großen – und vor allen Dingen kommerziellen – Verlagshäusern dominiert.

Ob mit Kurznachrichtendiensten wie Twitter, Videoplattformen wie YouTube, sozialen Netzwerken wie Facebook oder mithilfe der klassischen Blogs; Informationen und Meinungen können unterdessen in kürzester Zeit rund um den Globus ausgesendet werden, ohne vorher durch einen Journalisten als Torwächter redaktionell aufgearbeitet werden zu müssen. Diese Entwicklung – so könnte man meinen – müsste gerade in demokratisch verfassten Staaten über alle parteipolitischen Grenzen hinweg wahre Begeisterungstürme hervorrufen.

Dass dem nicht so ist, sieht man leider allzu deutlich an den Gesetzgebungen der letzten Jahre: Sei es...

- die EU-Urheberrechtsreform mit ihrer Einführung von technischen Hürden wie den Uploadfiltern,
- das Netzwerkdurchsetzungsgesetz oder
- die Datenschutzgrundverordnung.

Stück für Stück wird die Freiheit des Wortes im Internet eingeschränkt! Dabei ist es doch selbstverständlich, dass strafrechtlich relevante Inhalte mit aller Härte des Gesetzes zur Anzeige gebracht und geahndet werden. Man benötigt hierfür allerdings keine neuen Gesetze, denn die gesetzlichen Grundlagen existieren ja bereits.

**Stück für Stück wird die Freiheit des Wortes im Internet eingeschränkt.**

Die Konsequenzen dieses gesetzgeberischen Aktionismus bekommen nun Tausende tagtäglich zu spüren: Facebookseiten werden ohne Angabe von Gründen gesperrt, Reichweiten werden eingeschränkt, unbequeme Meinungen werden als „Fakenews“ gebrandmarkt und die rechtliche Beurteilung von Äußerungen im Internet wird auf private Unternehmen ausgelagert.

Dieser Entwicklung gilt es unter allen Umständen Einhalt zu gebieten und die bürgerfeindlichen Gängelungen der letzten Jahre rückabzuwickeln! Nur im Rahmen einer möglichst freien Diskussion ohne Denkverbote können wir die Probleme unserer Zeit diskutieren und gemeinsam die besten Lösungen finden!

~ALEXANDER BERTRAM

# Politischen Islam in Europa effektiv bekämpfen

*Nach den jüngsten Angriffen auf unsere Gesellschaft sind Taten gefragt*



Foto: stock.adobe.com

Mit bestialischer Gewalt wurde im Oktober ein französischer Lehrer in einem Pariser Vorort enthauptet, nachdem er im Rahmen einer Unterrichtseinheit zum Thema Meinungsfreiheit Karikaturen des muslimischen Propheten Mohammed beispielhaft verwendet hatte. Wenige Tage danach ermordete ein Tunesier in Nizza drei Kirchgänger mit einem Messer. Er war kurz zuvor illegal nach Europa gekommen und auf direktem Wege nach Frankreich gelangt. In Wien kam es Anfang November zu einem blutigen Massaker in der Innenstadt, als ein Islamist wild um sich schoss und dabei vier Menschen tötete und zahlreiche Passanten zum Teil schwer verletzte.

Die Europäische Union und die Regierungen in Europa haben auf dem Gebiet der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus vollkommen versagt! Spätestens nach den blutigen Massakern in den Pariser Redaktionsräumen der französischen Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ und dem Tanzclub „Bataclan“ in der Pariser Innenstadt 2015, hätte ein entschiedener Kampf gegen den politischen Islam in die Wege geleitet werden müssen. Auch wir Berliner mussten 2016 bei dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz bitter erfahren, zu welcher unvorstellbaren Taten islamistische Gewalttäter bereit sind.

**Gerade für die Opfer der Anschläge und deren Angehörige sind folgenlose Lippenbekenntnisse schwer zu ertragen.**

Der französische Präsident Macron hat zwar seine Tonalität nach den jüngsten Attentaten in Frankreich verschärft, er wirkt dabei aber wenig glaubwürdig, da es ihm bislang nicht gelungen ist, den politischen Islam wirkungsvoll zu bekämpfen. Auch Sebastian Kurz, der österreichische Bundeskanzler, fällt zwar mit markigen Sprüchen auf; aber erfolgreich den Islamismus in Österreich eingedämmt hat er noch nicht.

Bezeichnend für das Verhalten der meisten europäischen Politiker nach einem islamisti-

schen Terroranschlag sind wohlfeile Beileidsbekundungen und Beschwichtigungsparolen. Gerade für die Opfer der Anschläge und deren Angehörige sind diese folgenlosen Lippenbekenntnisse schwer zu ertragen. Was nützen uns die ritualisierten Solidaritätsbekundungen von Staats- und Regierungschefs aus aller Welt, wenn anschließend keine Konsequenzen gezogen werden? Denn jetzt sind Taten gefragt!

Und wir brauchen schon gar keine Ergebnissadressen gegenüber der EU, wie sie Sebastian Kurz noch in der Wiener Terrornacht übermittelte. Schließlich ist Brüssel maßgeblich verantwortlich für die unkontrollierte Massmigration nach Europa, für einen halbherzigen Kurs gegenüber dem politischen Islam und für die zunehmende Unterminierung von Freiheit und Selbstbestimmung der europäischen Nationalstaaten.

**Wir brauchen in Europa souveräne Nationalstaaten, deren Regierungen gewillt sind, ihre Bürger konsequent vor dem politischen Islam zu schützen.**

Wenn die Politiker der Regierungsparteien – egal ob in Frankreich, Österreich oder Deutschland – immer wieder von einem „Zusammenstehen für unsere Werte“ sprechen, verbirgt sich dahinter nicht viel mehr als ein verzweifelter

„Weiter so“, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis die nächste europäische Großstadt von einem islamistischen Gewaltausbruch heimgesucht wird. Die Maßnahmen der Innenministerien und Sicherheitsbehörden sind noch viel zu oft halbherzig, unkoordiniert und lückenhaft, weil klare Maßgaben und ein eindeutiger Kompass fehlen.

Vor allem aber haben unsere verantwortlichen Politiker in Deutschland, Frankreich und Brüssel keinen blassen Schimmer mehr davon, was „unsere europäischen Werte“ überhaupt bedeuten. Schon gar nicht wissen sie, wie wir diese europäischen Werte effektiv vor dem Fundamentalismus der Islamisten schützen können. Denn Christentum, Humanismus und Aufklärung werden nicht mit warmen Worten und weichgespülten Vielfaltsideologien verteidigt! Die so genannte „Willkommenskultur“, bei der jeder ungeachtet seiner Schutzbedürftigkeit in Europa bleiben darf, wird am Ende schonungslos von kriminellen Islamisten ausgenutzt.

**Christentum, Humanismus und Aufklärung werden nicht mit warmen Worten verteidigt.**

Was wir in Europa jetzt dringend brauchen, sind souveräne Nationalstaaten, deren Regierungen gewillt sind, ihre Bürger konsequent vor dem politischen Islam zu schützen. Die islamistische Gefahr muss endlich auf allen Ebenen ernst genommen und konsequent bekämpft werden, sei es in Schulen, Haftanstalten oder Vereinen.

Ziel muss es sein, den politischen Islam nachhaltig zurückzudrängen und jedem Islamisten klar zu machen, dass sein Platz nicht in Europa ist. Grundvoraussetzung dafür, dass solche Maßnahmen erfolgreich sein können, ist eine verantwortungsvolle Migrationspolitik, die vor allem auf qualifizierte Zuwanderer setzt, die sich ohne Wenn und Aber zu unserem Wertekanon bekennen. Dass allzu viele Menschen bei uns Aufnahme gefunden haben, obwohl sie unsere europäischen Werte verachten und sogar mit Füßen treten, dürfen wir nicht länger hinnehmen.

Wir müssen uns unserer kulturellen Identität wieder stärker bewusst werden, damit wir besser erkennen können, was wir in unserem Land zulassen wollen, wo wir aber auch Grenzen ziehen müssen, wenn wir Deutschland und Europa erhalten wollen! ~RACKOW/VOGEL

# Mobilität ist soziale Teilhabe und Mobilität bedeutet Freiheit

**Die Stadt verändert sich, wir sehen es und trotzdem bleibt es irgendwie unbemerkt**

**Jeder von uns ist damit konfrontiert und wir fragen uns, was der Sinn ist:**

- *Baustellen, auf denen niemand arbeitet,*
- *Parkplätze, die plötzlich mit Pollern versperrt sind,*
- *Fahrspuren, die über Nacht zu Radwegen werden,*
- *Tempo 30 auf immer mehr Hauptstraßen,*
- *„temporäre Spielstraßen“ und*
- *„temporäre Fußgängerzonen“ (wie z.B. in der Friedrichstraße, wo kein Auto, kein Bus und kein Lieferverkehr mehr fahren darf!)*

**Die Stadt verändert sich. Wir sehen es und trotzdem bleibt es irgendwie unbemerkt. Es ist wie ein Puzzle. Ein Teil hier, eins dort, da passen zwei oder drei zusammen, an anderer Stelle sind hingegen noch große Lücken.**

Über einzelne dieser Maßnahmen regen wir uns vielleicht auf; oder wir belächeln sie, oder wir erkennen darin eine „spinnerte Idee“... „Heckmeck“..., „typisch Berlin“ eben! Und damit ist es auch schon wieder aus dem Kopf verschwunden.

Tatsächlich steckt aber mehr dahinter! Bereits seit Jahren verkündet Berlins Verkehrs-senatorin (Regine Günther, Grüne), sie wolle das Auto komplett aus Berlin verbannen. Ab 2030 soll das Auto zunächst innerhalb des S-Bahn-rings verschwunden sein, ab 2035 sogar aus ganz Berlin. Und auch bei solchen Meldungen verdrehen wir meistens nur noch genervt die Augen. „Die spinnt ja total!“, „Wie soll denn das gehen?“, „Funktioniert ja gar nicht!“ – das sind typische Reaktionen. Aber auch dann ist es damit erledigt und aus den Köpfen wieder verschwunden.

Doch Frau Günther meint es ernst! Berlins grüne „Verkehrssenatorin“, die hauptsächlich einen funktionierenden Berliner Verkehr verhindert, statt dafür zu sorgen, dass sich Brücken, Straßen und auch Radwege in einem tauglichen Zustand befinden, plant Großes! Als lebenslange „Klimaaktivistin“, die über 20 Jahre für Klimaorganisationen gearbeitet hat, betreibt sie ihren ganz eigenen Krieg gegen das Auto, gegen den Verbrennungsmotor und gegen die individuelle Mobilität. Sie verfolgt dieses Ziel wie ein Militär: Das Ziel ist die

Vernichtung und dafür ist ihr jedes erdenkliche Mittel recht! Sie arbeitet systematisch einen Masterplan ab, der bereits seit etwa Mitte der 1980er Jahre öffentlich zugänglich ist: „Die Stadt der kurzen Wege“. Dieses neusoziologische Leitbild der Stadtplanung hat sich zum Ziel gesetzt, die bisherige Mobilität der Menschen völlig umzukrempeln.

In einer Veröffentlichung des Umweltbundesamtes mit dem Titel „Die Stadt für Morgen: Die Vision“ (abrufbar unter [www.uba.de](http://www.uba.de)) finden sich exakt die Dinge, die in Berlin gerade im Eiltempo abgearbeitet werden. So heißt es dort konkret:

- *„Im ersten Schritt werden an allen Hauptverkehrsstraßen Radwege ergänzt (wenn nötig, zulasten der Pkw-Stellplätze). Zusätzlich werden am Straßenrand und auch auf Privatgrundstücken (z.B. unterstützt durch Förderprogramme) Pkw-Stellplätze in Fahrradstellplätze umgewandelt. Dann Rückbau der autogerechten Stadt.“*
- *„Der eigene Privat-Pkw spielt eine nachgeordnete Rolle im Stadtverkehr.“*
- *„Als Ziel gilt ein Motorisierungsgrad von maximal 150 zugelassenen Pkw pro 1000 Einwohner inklusive Carsharing- und Taxifahrzeugen.“*

Zum Vergleich: Aktuell sind in Berlin etwa 380 Fahrzeuge pro 1000 Einwohner zugelassen, in Treptow-Köpenick ca. 450 Fahrzeuge pro 1000 Einwohner.

„Im öffentlichen Raum parken nahezu keine privaten Autos mehr; ein konsequentes Parkraummanagement macht Parken in den Städten teurer.“

- *„Die Innenstädte werden baulich attraktiv nachverdichtet, z.B. durch Nutzung von [...] überflüssigen Parkplätzen.“*
- *„Wege in der Stadt sind zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Öffentlichen Verkehr [...] zu bewältigen.“*
- *„Einführung von Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in Städten durch Änderung von § 3 Abs. 3 Nr. 1 Straßenverkehrsordnung“.*

Die Tageszeitung „Tagesspiegel“ meldete dazu am 12.10.2020: „Die Senatorin selbst steht einem generellen Tempolimit in Berlin



**Frank Scholtyssek MDA, Sprecher für Umwelt, Verkehr und Klimapolitik der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin**

offiziell wohlwollend gegenüber. Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts hätte aus Sicht der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz viele Vorteile“.

Zu allem Überfluss plant die Senatorin der Grünen noch die Einführung einer City-Maut und einer Zwangsabgabe aller Berliner für den Öffentlichen Personenverkehr, wie die Hauptstadt- presse mehrfach berichtete. Immer mit dem Hinweis auf die angebliche Klimanotlage. Tatsächlich wird der Klimawandel, an dessen Verlauf Berlin absolut gar nichts ändern kann, immer wieder herangezogen, um das Auto, die individuelle Mobilität und somit auch die individuelle Freiheit der Berliner immer weiter zu beschneiden und einzuengen. Dabei nimmt das „Umerziehungslager Berlin“ unter Rot-Rot-Grün eine Vorreiterrolle für das ein, was zukünftig auch auf Bundesebene für ganz Deutschland beschlossen und umgesetzt werden soll.

Was all das für den einzelnen Bürger bedeutet und wie die Menschen zukünftig ohne ihr eigenes Fahrzeug auskommen sollen, interessiert unsere Senatorin dabei herzlich wenig! Es geht ihr einzig und allein um die Umsetzung ihrer Agenda und das Zusammenfügen der bisherigen Puzzleteile zu einem Ganzen: **Das autofreie Berlin!**

Die AfD setzt diesem Wahnsinn mit Ansage ein ausgewogenes Verkehrskonzept entgegen, das die Interessen aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigt (siehe: [www.allesverkehrt.de](http://www.allesverkehrt.de)). Wir schreiben niemandem vor, welches Verkehrsmittel er zu nehmen hat. Eigenverantwortung und Freiheit müssen auch bei Mobilität und Verkehr verteidigt werden.

~FRANK SCHOLTYSSEK



## Der neue Bezirksvorstand

Am 14. November 2020 fand im Köpenicker Rathaus unser Bezirksparteitag statt. Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen (v.l.n.r.): C. Krüger (Beisitzer), A. Bertram (Sprecher), D. Henkel (Beisitzer), B. Geschanowski (stv. Sprecher), A. Lorenz (Schatzmeisterin), A. Klusch (Beisitzer), J. Rackow (stv. Sprecher), M. Trefzer (Sprecher), S. Pöhls (ohne Foto, Beisitzer).




Sie schreiben,  
wir kümmern uns.  
*Anfragen der Bürger*

**Sie haben Fragen, Anregungen oder Sorgen?**  
**Sie möchten gerne eine Bürgerfrage in der BVV stellen, wissen aber nicht, wie das geht?**

Dann schreiben Sie uns! Wir helfen Ihnen gerne weiter und lassen Sie nicht im Regen stehen. In regelmäßigen Abständen wollen wir hier über ihre konkreten Anliegen und unsere konkreten Lösungsvorschläge berichten.

### Kontakt

#### Bezirksverband Treptow-Köpenick

Bezirkssprecher: Alexander Bertram, Martin Trefzer

✉ kontakt@afd-treptow-koepenick.de

📘 facebook.com/alternativefuertk/



**Sie sind beruflich oder privat stark eingespannt?**  
**Dann können Sie uns auch durch eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende unterstützen:**

#### SPENDENKONTO:

AfD Berlin Treptow-Köpenick,  
DE58 100 500 000 190708867  
BELADEBEXXX

### IMPRESSUM

HERAUSGEBER AfD-Bezirksverband Treptow-Köpenick, Winckelmannstr. 31, 12487 Berlin  
VERANTWORTLICH IM SINNE DES PRESSERECHTS  
Alexander Bertram, Martin Trefzer  
E-MAIL kontakt@afd-treptow-koepenick.de  
REDAKTIONSSCHLUSS 27. NOVEMBER 2020